

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, bei der VII Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit am 5. April 2018 in Moskau**
- **Karin Leukefeld: Das Geschäft mit dem Tod**
- **Karin Leukefeld: Kriegsschauplätze in Syrien – Was wir über die östliche Ghouta, Afrin und das Euphrat-Tal wissen sollten**
- **DWN: Großmächte kämpfen in Syrien um globales Energie-Drehkreuz**
- **Karin Leukefeld: Was die Menschen in Syrien wollen und was der Westen ignoriert**
- **RTdeutsch: Britischer Außenminister: Saudi-Arabien darf im Jemen "zur Selbstverteidigung" bomben**
- **Ulrich Mies: Die Pentagon-Zeitbombe**
- **Neue außenpolitische Spitze in den USA**
- **Dirk Pohlmann: Kriegspläne gegen Iran und das deutsche Schweigen**
- **Bill Mitchell, Thomas Fazi: Zur Verteidigung der Staatssouveränität (und des Brexit)**
- **Fabian Scheidler: Die moderne Tributökonomie und die Illusion der freien Märkte**
- **Günter Grzega: Die Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative zum Neoliberalismus**
- **Nico Basener: Du sollst keine andere Gerichtsbarkeit neben mir haben**

Zitat des Monats von [Karl-Jürgen Müller](#):

Die meisten westlichen Mainstream-Medien sind dabei, den erneuten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg propagandistisch mit vorzubereiten. Sie haben dies immer getan in den vergangenen 27 Jahren seit dem zweiten Golfkrieg, und sie bleiben auf dieser Linie. Sie haben abgewirtschaftet und als barbarische Kriegstrommeln jegliches Ansehen verloren. Niemand benötigt sie mehr, nur noch die Kriegsherren.

Editorial

Am Anfang dieser Ausgabe wird eine Rede des russischen Außenministers **Lawrow** kurz zusammengefasst und verlinkt. Diese Rede gibt eine Einschätzung zum derzeitigen Weltgeschehen, die man nicht auf den Titelseiten unserer Presse liest. Danach folgen mehrere Hintergrundberichte zum Thema **Syrien**. Dieses Thema beherrscht weiterhin unsere Titelseiten, aber leider mit Aussagen und Meinungen, die Wesentliches verschweigen oder falsch darstellen. Wir meinen, dass man zu dieser Kriegspropaganda immer wieder informatorische Gegengewichte setzen muss.

Das betrifft auch den Krieg im **Jemen**, wo westliche Waffen insbesondere für **Saudi-Arabien**, unermessliches Elend anrichten. Dazu verweisen wir auch auf die ZDF-Sendung "Die Anstalt", in der mit satirischer Schärfe die deutsche Waffenindustrie und "ihr" politisches Personal, unsere Volksvertreter(!), entlarvt werden.

Ein weiteres Thema ist die **Trump-Administration**, deren Kurs für uns nicht einfach einzuordnen ist. Man muss genau studieren, welche Akteure dort in welche Richtung steuern. Tatsächlich wurde aktuell ein Angriff gegen Syrien gefahren, den man sich nach den martialischen Worten schlimmer hätte vorstellen müssen.

In drei weiteren Beiträgen werden Einschätzungen und Vorschläge zum **Verhältnis von Staat und Wirtschaft** unter den Gesichtspunkten Neoliberalismus, Souveränität, Gemeinwohl, Demokratie präsentiert, die wir als interessante Anregung zu weiteren Diskussionen verstehen.

Schließlich weisen wir auf ein **EuGH-Urteil gegen die privaten Schiedsgerichte** im internationalen Handel hin, bei dem zwei Seiten derselben Medaille zu beachten sind. Die Gegnerschaft zu den Freihandelsabkommen war die Geburtsstunde unseres Bürgerbriefes vor fast vier Jahren.

[Inhalt](#) ↑

• Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, bei der VII Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit am 5. April 2018 in Moskau

Auf der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit am 05.04.2018 kritisierte Russlands Außenminister Sergej Lawrow die "andauernden einseitigen Schritte des Westens mit den USA an der Spitze, die in mehreren Fällen destruktiv sind [und] zu einem [gefährlichen fehlenden Gleichgewicht der Mechanismen der globalen Steuerung](#) führen". Lawrow wirft den USA, Großbritannien und anderen westlichen Staaten vor, keine Schlussfolgerungen aus den Tragödien in Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien und der Ukraine zu ziehen.

Lawrow beklagte, dass das Völkerrecht und internationale Strukturen immer stärker vernachlässigt werden. Er stellte die Verhandlungsfähigkeit der USA sowie deren Zuverlässigkeit in Frage, große internationale Vereinbarungen einzuhalten und nannte dabei den "gemeinsamen allumfassenden Handlungsplan zum iranischen Atomprogramm, UN-Lösungen zur Nahostregelung, Deklaration der Pariser Klimakonferenz, Grundprinzipien der WTO. Auffallend ist die Tendenz zum Revisionismus in globalen Angelegenheiten".

Lawrow warf den jetzigen Kiewer Behörden vor, die Minsker Vereinbarungen zur Regelung der innerukrainischen Krise zu sabotieren, und ihren Schutzherren in den USA und in Europa warf er vor, die Handlungen der Kriegspartei in Kiew zu unterstützen, die das Problem im Donezbecken mittels Gewalt lösen wolle.

Bei zweifelhaften geopolitischen Spielen kokettierten und jonglierten die USA mit Terroristen und erweckten den Eindruck, über das angerichtete Chaos die US-Militärpräsenz zu rechtfertigen. Statt Aufrufen zu Gesprächen über gemeinsame Bedrohungen zu folgen, setzten die USA auf militärische Überlegenheit, erhöhte Militäraktivitäten nahe russischer Grenzen und die Senkung der Hemmnisse für einen Atomwaffeneinsatz.

In dem zur Dämonisierung Russlands inszenierten Skripal-Fall sieht Lawrow eine unverhohlene Verhöhnung von Völkerrecht, diplomatischer Ethik und elementarer Normen. Russland beharre auf einer sachlichen und verantwortungsvollen Untersuchung dieses Falls. Die auf Konfrontation angelegte US-Politik führe zu Misstrauen und Unsicherheit, zu einer gefährlichen Militarisierung des Denkens und zerstöre langfristig auch die UN-Charta.

Es sei in einer polyzentrisch gewordenen Welt dringend notwendig, im Sinne einer sicheren und gedeihlichen Zukunft fair miteinander zu kooperieren. Dazu gehöre auch, die internationalen Beziehungen zu demokratisieren und diese Demokratisierung in multilateralen Dokumenten zu verankern.

In diesem Sinne werde "Russland als selbstständiges Zentrum der Weltpolitik seine positive Tagesordnung in den internationalen Angelegenheiten im Interesse der globalen Stabilität voranbringen". Russland sei weder an Konfrontation noch an Wettrüsten interessiert, sondern an einem umfassenden Dialog, insbesondere über die strategische Stabilität. Das, was diesbezüglich zwischen den Präsidenten Russlands und der USA am 20.03.2018 telefonisch besprochen wurde, dürfe nicht "durch bürokratische Spielchen beeinträchtigt und zur Geisel von innenpolitischen Intrigen" gemacht werden.

[Sergei Wiktorowitsch Lawrow](#), Jg. 1950, [studierte](#) am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), der Kaderschmiede für Generationen von Sowjetdiplomaten; bis 2004 russischer Diplomat in verschiedenen Positionen, seit März 2004 Außenminister der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Das Geschäft mit dem Tod**

Wir greifen diesen Artikel einerseits wegen seiner detaillierten Informationen zur Herkunft der Waffen für den 'Islamischen Staat' (IS) auf, womit er als Ergänzung zu dem Artikel von Tyler Durden in der Februar-Ausgabe 2018 zu verstehen ist. Andererseits macht der Artikel Aussagen zu Chlorgas, das sich in den Händen der al-Nusra bei Idlib befindet. (Red.)

In einem Bericht vom Dezember 2017 hat ein Mitarbeiter des Instituts "Conflict Armament Research" (CAR) im Irak die [Spur und Nachschublinie der IS-Waffen](#) und deren Produktion "bis in die USA" verfolgt. So wurden beispielsweise in den USA gekaufte Sprengmittel für Sprengfallen und Bomben durch den IS im Häuserkampf benutzt. Die Wege der Munition laufen zum Teil über Rumänien in die USA und von dort über den Irak zum IS. Dies geschieht, obwohl die USA ein Endabnehmer-Zertifikat unterschrieben haben, dass diese Munition nur von US-Streitkräften benutzt werden dürfe. Seitens der US-Armee wurde die Frage, wie die Munition in Syrien und im Irak in den Händen von Kampfgruppen landen konnte, nicht beantwortet.

CAR dokumentierte auch, dass sich Waffenlieferungen für Saudi-Arabien später bei IS-Kämpfern wiederfanden. In einem Fall landete eine Flugzeugladung mit 12 Tonnen Munition nicht im Bestimmungsland Saudi-Arabien, sondern in Jordanien. Von dort, das weisen viele Berichte nach, wurden seit 2012 Waffen in großen Mengen nach Syrien geschleust. – Sowohl die US-Armee als auch die saudische Regierung gaben dazu auf die Anfrage von CAR keine Antwort.

Desweiteren wurden 20 Behälter mit Chlor und Schutzmasken entdeckt, mit denen Angehörige der "Weißhelme" Hilfsmaßnahmen für "betroffene Zivilisten" geprobt hätten. Professionelle Kamerateams hätten das Ganze gefilmt. Das Versöhnungszentrum äußerte sich daraufhin am 13.02.2018 besorgt, dass eine "Provokation mit Giftgas" vorbereitet werden könnte und dass man Syrien verantwortlich machen wolle. Tatsächlich hat Syrien seine Bestände an Chemiewaffen zwischen 2014 und 2016 unter internationaler Kontrolle vernichtet.

Für Michael Lüders macht ein Giftgaseinsatz in Ost-Ghuta durch Syrien zu einem Zeitpunkt keinen Sinn, wo seine Armee mit russischer Hilfe diese Region bereits zu 95% von den Terroristen zurückerobert hat. Für Lüders geht es hier um die [irrationale Eskalierung eines Stellvertreterkrieges](#) durch die USA und seine Verbündeten, nachdem der Krieg schon seit längerer Zeit verloren ist und sich die Terroristen überall zurückziehen müssen. Es fehle in Europa die Stimme der Mäßigung. (Video, 1h05)

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu für verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Karin Leukefeld: **Kriegsschauplätze in Syrien – Was wir über die östliche Ghouta, Afrin und das Euphrat-Tal wissen sollten**

Die Ghouta ("Oase") war einst Grüngürtel und Naherholungsgebiet für die Einwohner von Damaskus und über Syrien hinaus berühmt. Sie teilte sich in die östliche Ghouta, die sich entlang der Verbindungsstraße nach Homs erstreckte, in die südliche und westliche Ghouta, die bis zu den Golan-Höhen reichte.

Seit den 1980-er Jahren ließen sich besonders in der östlichen Ghouta Handwerks- und Industriebetriebe nieder. Es folgten Werkstätten, Labors, wissenschaftliche und medizinische Einrichtungen, Krankenhäuser. Landflucht und Bevölkerungszuwachs ließen um die kleinen Dörfer der einstigen Idylle neue Satellitenstädte entstehen. Rund 3 Millionen Menschen lebten in der östlichen Ghouta offiziell vor Beginn des Krieges 2011.

Im Sommer 2011 entstand in der Türkei die "Freie Syrische Armee" (FSA). Etwa zeitgleich schossen in den Dörfern und Vorstädten der Ghouta bewaffnete Gruppen wie Pilze aus dem Boden. Alle nannten sich "Freie Syrische Armee", niemand hatte einen politisch-organisatorischen Plan, wie ihr Protest, den sie "Revolution" nannten, umgesetzt werden sollte. In dieser Zeit entstand in Douma die "Armee des Islam" (Jaish al Islam). Finanziell wird die "Armee des Islam" von der Türkei, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützt, die bis heute für die Bewaffnung und weitere Logistik sorgen. Die durch einen Zusammenschluss zweier weiterer militärischer Gruppen entstandene "Syrische Befreiungsfront" will die "syrische Revolution" verteidigen, um ebenfalls einen "Islamischen Staat" zu errichten. Beide Gruppen wurden und werden von den USA, den Golfstaaten und der Türkei unterstützt und haben Hinrichtungen nach Scharia-Urteilen vorgenommen. Zivile oppositionelle Gruppen sind in den östlichen Vororten von Damaskus kaum noch präsent. Die in den Medien häufig zitierten "Weißhelme" sind ebenso wie die "Syrisch-Amerikanische Medizinische Gesellschaft" (SAMS) aus syrischen Oppositionsgruppen entstanden und werden von den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Türkei und den Golfstaaten finanziell unterstützt.

Die USA und ihre Verbündeten – Großbritannien, Frankreich und Deutschland– wollen [Syrien entlang des Euphrat-Tals zerteilen](#). Ca. 20 US-Militärbasen und -flughäfen wurden in den Gebieten östlich des Euphrats errichtet, um die auf lange Zeit angelegte Besatzung durchzusetzen. Die kurdischen Volksverteidigungskräfte werden weiterhin militärisch und finanziell unterstützt. Die syrischen nationalen Gas- und Ölressourcen werden besetzt, die syrische Bevölkerung de facto als Geiseln genommen. Für Ankara ist das Vorgehen der USA unakzeptabel, daher die Invasion gegen Afrin und die Drohung, weitere Gebiete im Nordosten von Aleppo – allerdings nur westlich des Euphrat - zu besetzen. Die Unterstützung kurdischer Kräfte, die Ankara als Staatsfeind Nummer Eins ansieht, wird als massiver Affront durch den NATO-Partner USA angesehen. Die

direkten Nachbarländer Syriens, der Libanon, Türkei und Irak wollen eine Aufteilung Syriens verhindern, ebenso Russland und der Iran, die mit der syrischen Regierung und Armee verbündet sind.

Der Aspekt der Teilung Syriens entlang des Euphrat wurde auch in der Bürgerbrief-Ausgabe für Februar 2018 thematisiert ("Verschiedene Einschätzungen..."; Guillard); aber die Sicht des Libanon, der Türkei und des Irak wurde dort nicht beleuchtet. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **DWN: Großmächte kämpfen in Syrien um globales Energie-Drehkreuz**

[Im Syrien-Krieg geht es \(auch\) um Öl- und Gasvorkommen](#), die ausgebeutet bzw. per Pipeline durch Syrien transportiert werden können. Das syrische Ölministerium wollte 2011 Explorationsrechte an internationale Energiekonzerne vergeben. Nun wird sich der territoriale Einfluss der im Syrien-Konflikt involvierten Staaten auf die Explorationsrechte auswirken: die USA konzentrieren sich auf die Gebiete östlich des Euphrat, die Briten auf das Grenzgebiet zu Jordanien, Syrien selbst und Russland auf Zentral- und Westsyrien.

Die 'Washington Post' jubelt "[in Syrien haben wir uns das Öl genommen](#)". In dem Bericht wird auch dargestellt, dass die USA im Oberlauf des Euphrat sogar einen Damm geöffnet haben, um das Vordringen der syrischen Armee in das Gebiet östlich des Euphrat zu verhindern. Die Kurden wie der IS werden als Spielbälle dargestellt. Der Preis für die Gebiete östlich des Euphrat war, dass die USA den IS offiziell besiegen lassen mussten. Aber eine Ausrottung des IS stand nie auf dem Plan.

Die DWN, [Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#), werden seit 2012 von Michael Maier herausgegeben. Die DWN "stehen für ein Wirtschaftssystem, in dem die Ressourcen der Erde mit äußerster Zurückhaltung verwendet werden und welches sich vor allem dem Ziel verpflichtet weiß, die Kluft zwischen Reich und Arm in der Welt zu verringern". Seit 2015 befindet sich die Mehrheit der Anteile in den Händen des schwedischen Bonnier-Verlags. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Karin Leukefeld: Was die Menschen in Syrien wollen und was der Westen ignoriert**

Das Grußwort von Karin Leukefeld an die Ostermärsche in Deutschland: "Hier in Syrien hat das achte Kriegsjahr begonnen. Mit landesweiten Waffenstillständen und dem Niederlegen der Waffen haben die Syrer schon lange gezeigt, dass sie Frieden wollen. Niemand weiß so gut wie sie, was sie in den vergangenen Jahren verloren haben.

Doch regionale und internationale Mächte wollen ihre Interessen durchsetzen. Israel und die Türkei wollen Teile Syriens kontrollieren. Die Gebiete östlich des Euphrat, wo es Öl und Gas, Wasser und Weizen gibt, hat die US-Armee besetzt. Mindestens 18 Militärbasen und -flughäfen wurden von den USA errichtet. Sie alle [verstoßen mit ihrer Einmischung gegen das Völkerrecht](#) und wollen sich Zugang und Zugriff auf den souveränen Staat Syrien verschaffen.

Hier kommt auch Deutschland ins Spiel, denn die Bundeswehr ist Teil der US-geführten "Anti-IS-Koalition". Und obwohl der IS, der so genannte "Islamische Staat", weitgehend zerschlagen ist, hat der Bundestag kürzlich einer Ausweitung des militärischen Engagements der Bundeswehr in Bagdad und Jordanien zugestimmt. Der syrischen Bevölkerung nutzt das ganz sicher nicht.

Mehr als 100'000 Menschen kommen in diesen Tagen durch humanitäre Korridore aus der Kampfzone der östlichen Ghuta, einem ehemaligen Grüngürtel um die syrische Hauptstadt Damaskus, wo Kampfgruppen mit Unterstützung aus Katar, der Türkei und Saudi-Arabien ein "östliches Khalifat" errichten wollten. Mindestens 180'000 Menschen wurden von türkischen Truppen und der so genannten "Freien Syrischen Armee" aus ihren Dörfern in Afrin vertrieben und wissen nicht, ob sie jemals zurückkehren können.

Der eine NATO-Staat, die Türkei, verfolgt die Kurden selbst jenseits seiner Grenzen in Syrien. Andere NATO-Staaten, wie USA und Frankreich, geben vor, den Kurden zu helfen. Um den Menschen in Syrien zu helfen, werden keine neuen Kampfeinsätze gebraucht. Die völkerrechtswidrigen Militär-interventionen und Einmischungen müssen aufhören. Dialog ist nötig. Deutschland muss auf Syrien zugehen, die Botschaft wieder öffnen und die Wirtschaftssanktionen gegen das Land beenden. - Frieden kann es nur für ganz Syrien geben, dafür muss die Friedensbewegung sich einsetzen.“

[Inhalt](#) ↑

- RTdeutsch: **Britischer Außenminister: Saudi-Arabien darf im Jemen "zur Selbstverteidigung" bomben**

Der britische Außenminister hat die saudisch geführte Militärintervention im benachbarten Jemen verteidigt, bei der bislang mehr als 9'300 Menschen getötet und mehr als 50'000 verletzt wurden. [London liefert mithilfe "offener Exportlizenzen" Waffen an Riad](#). "Großbritannien unterstützt das Recht Saudi-Arabiens, seine nationale Sicherheit gegen Raketenangriffe aus dem Jemen zu verteidigen", sagte Boris Johnson.

Das Vereinigte Königreich hat seit Beginn der Intervention im benachbarten Jemen Waffen im Wert von 6,3 Mrd. US-Dollar an Saudi-Arabien verkauft. Um den tatsächlichen Umfang der Verkäufe britischer Rüstungsgüter an Riad zu verschleiern, will Großbritannien verstärkt auf so genannte "offene" Waffenverkaufslizenzen zurückgreifen.

Die Problematik der Waffengeschäfte wurde in der Sendung ["Die Anstalt"](#) im ZDF am 27.03.2018 umfassend kritisiert. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ullrich Mies: **Die Pentagon-Zeitbombe**

Die USA haben einen grotesk aufgeblähten Verteidigungshaushalt, der mit seinen ca. 700 Mrd. Dollar (618 Mrd. Dollar für 2016), die Ausgaben für die Geheimdienste, Überwachung der Bevölkerung, Veteranenversorgung, 'Homeland Security' und die laufenden Kriege nicht mit abdeckt. China gibt ein Fünftel, Russland ein Zehntel davon für die Verteidigung aus.

Den führenden Kreisen der USA, dem Militärisch-Industriellen-Kongress-Komplex (MICC), geht es um die [Aufrechterhaltung des globalen Führungsanspruchs](#) – und um ihr Geschäft, das mit Steuergeldern finanziert wird. Offensichtlich interessiert sich das US-Kriegsestablishment nicht für die Bürger, denn es führt in aller Welt niemals endende Kriege, während es gleichzeitig die bürgerlichen Freiheiten immer weiter einschränkt.

Der Präsident und seine leitenden Mitarbeiter haben angesichts des unermesslichen und vom Pentagon selbständig geplanten Militärbudgets wenig Spielraum, eigene politische Absichten umzusetzen. Dabei weiß das Weiße Haus nicht, wo all das Geld bleibt, denn außerhalb des Pentagon dürfen nur wenige Personen in die "weißen Programme" und niemand in die "schwarzen Programme" hineinschauen.

Einen besonders hohen Budgetanteil nimmt die Modernisierung der Atomwaffen ein, die über 30 Jahre mindestens 40 Mrd. Dollar jährlich benötigt. Für dessen Begründung müssen die Spannungen mit Russland systematisch erhöht werden.

[Ullrich Mies](#), seine Interessenschwerpunkte sind internationale politische Konflikte, Neoliberalismus, Demokratieerosion, Kapitalismus- und Militarismuskritik sowie die Erhaltung der Biodiversität. Seit 1994 selbständig, seit 2000 politischer Aktivist; schreibt für Rubikon und die 'Neue Rheinische Zeitung'; Mitherausgeber des Buches ["Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter"](#) ([Interview dazu](#), Video 1h45). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Neue außenpolitische Spitze in den USA

[Die jüngsten Personalveränderungen in der Trump-Administration](#) setzen die Iranpolitik Deutschlands und der EU weiter unter Druck. Berlin und Brüssel wollen das Atomabkommen mit Teheran aufrechterhalten, um ein gewisses Gleichgewicht zwischen Iran und Saudi-Arabien herzustellen und die Geschäfte in der Region nicht zu gefährden. US-Präsident Donald Trump will das Abkommen aufkündigen, wenn sich eine Verschärfung der Bedingungen für Iran nicht durchsetzen lässt. Der designierte US-Außenminister Mike Pompeo sowie der designierte Nationale Sicherheitsberater John Bolton fordern sogar einen Umsturz in Teheran; Bolton hat mehrfach Israel zu militärischen Angriffen auf iranische Anlagen aufgefordert, bislang ohne Erfolg. Berlin zieht nun in Betracht, neue Sanktionen gegen Iran zu verhängen, um Trump zufriedenzustellen und das für Deutschland vorteilhafte Atomabkommen zu retten.

Die [Hardliner Bolton und Pompeo lassen neue Akzente der US-Außenpolitik erwarten](#) und sind national sowie international umstritten. Dies trifft besonders auf deren Haltung gegenüber Venezuela und Kuba zu. So hatte Pompeo die Kuba-Reise des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama scharf kritisiert. Die Annäherung zwischen Kuba und den USA stieß bei beiden auf Widerstand; Bolton bezeichnete die Entscheidung Obamas, die Beziehungen beider Staaten zu normalisieren, als "eine uneingeschränkte Niederlage für die USA". Als Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle hatte er Kuba im Jahre 2002 beschuldigt, "biologische Waffen in Zusammenarbeit mit Feinden der USA zu entwickeln". Kuba sei eine "terroristische Bedrohung für die USA". Der frühere Botschafter bei der UNO hob immer wieder hervor, dass Kuba, Venezuela und Nicaragua die Interessen der USA in der Region unterminieren würden.

[Inhalt](#) ↑

• Dirk Pohlmann: Kriegspläne gegen Iran und das deutsche Schweigen

US Präsident Trump hat John Bolton zum Nationalen Sicherheitsberater ernannt. Der saudische Prinz Muhammad Bin Salman ist auf PR-Reise in England und den USA. Er sondiert die Bereitschaft der Angelsachsen und Israelis, Saudi-Arabien Atomkraftwerke und Atomwaffen zu gestatten. Die Regierungen von den USA, Israel und Saudi-Arabien bilden als Alliierte gegen Syrien, den Iran und Russland eine gemeinsame Front. Bolton will seit 2003 den Krieg mit dem Iran.

[Für den Nahen Osten und die Welt stehen damit die Zeichen auf Sturm](#). Neue Kriege kündigen sich an.

Der Deutschlandfunk formuliert in einem Beitrag, der es direkt aus der PR-Maschinerie in den Sender schaffte: "In Saudi-Arabien ist der Islam Staatsreligion – und zwar eine konservative Auslegung. Noch. Denn Kronprinz Mohammed bin Salman will Reformen, die auch die Religion betreffen und vor allem die Situation der Frauen verbessern sollen. Im US-Fernsehen sagte er jetzt 'Extremisten' den Kampf an."

Bin Salman braucht diese PR-Unterstützung. Er hat als saudischer Verteidigungsminister den Krieg im Jemen begonnen, angeblich um Al Kaida zu bekämpfen. Ein Krieg, der beweisen sollte, dass Saudi-Arabien seine dubiosen Verbindungen zu Al Kaida unter Bin Salman neu regeln würde. Bis dahin hatte sich Bin Salman nicht als Feind des Terrorismus hervorgetan. Sein Vater hatte die Mujaheddin in Afghanistan unterstützt, zu denen auch Osama bin Laden gehörte. Saudi-Arabien unterhielt auch im Bosnienkrieg direkte und höchst problematische Beziehungen zu Al Kaida.

Der Wahnsinn ist noch steigerungsfähig: Mohammad bin Salman will Nuklearwaffen für Saudi-Arabien.

[Dirk Pohlmann](#), Jg. 1959, Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist; Schwerpunkt seit 2004: Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Bill Mitchell, Thomas Fazi: **Zur Verteidigung der Staatssouveränität (und des Brexit)**

Die Finanzwirtschaft spielt eine beherrschende Rolle in den westlichen Staaten, weil die politischen Institutionen ein Ordnungssystem geschaffen haben, das mit dem Prozess der kapitalistischen Reproduktion vereinbar ist. So sind Finanzkonzerne und sonstige Kapitalgesellschaften für ihr eigenes Fortbestehen auf den Staat angewiesen. Die internationale Kapitalmobilität ist nur möglich, wenn die Staaten grenzüberschreitende Kapitalströme zulassen.

Der Neoliberalismus hat nicht zu einem 'Rückzug' des Staates sondern vielmehr zu einer Neukonfiguration des Staates geführt, um die Kommandobrücke der Wirtschaftspolitik in erster Linie den Finanzinteressen zu überlassen'. Dazu haben die Regierungen beschlossen: die Liberalisierung der Waren- und Kapitalmärkte, die Privatisierung von Ressourcen und Sozialleistungen, die Deregulierung der Wirtschaft und insbesondere der Finanzmärkte, der Abbau von Arbeitnehmerrechten und das Zurückdrängen gewerkschaftlichen Engagements, die Senkung von Steuern auf Vermögen und Kapital auf Kosten des Mittelstands und der Arbeitnehmer, die Kürzung von Sozialleistungen und anderes mehr.

Auch der Verlust staatlicher Souveränität resultiert aus einer willentlichen und bewussten Beschränkung staatlicher Hoheitsrechte durch die nationalen Eliten. Zu diesem Zweck beschlossen die westlichen Regierungen politische Maßnahmen wie: Beschneidung von Rechten der Parlamente zugunsten der Regierungen, Vorrang der 'Marktdisziplin', Unterordnung ausgabenintensiver Stellen unter die Kontrolle des Finanzministeriums, Übertragung staatlicher Vorrechte auf supranationale Institutionen und mega-staatliche Bürokratien wie die EU.

Die 'Aushöhlung' des Kerns der Demokratie und die Beschneidung demokratischer Kontrollrechte, die in den letzten Jahrzehnten mit dem neoliberalen Wandel einhergingen, führt zu einer Post-Demokratie, einer Gesellschaft, die nach wie vor über sämtliche demokratischen Institutionen verfügt, die aber nur noch der Form halber bestehen bleiben. Diese 'Aushöhlung' ist ein wesentlicher Baustein des neoliberalen Projekts. Der Angriff auf die Souveränität war im Wesentlichen ein Angriff auf die Demokratie.

Dieser Prozess erreichte seine extremsten Auswüchse in Westeuropa, wo der Vertrag von Maastricht den Neoliberalismus tief in das Gefüge der EU eindringen ließ und die 'Keynesianische' Politik an den Rand drängte, die in den Jahrzehnten zuvor der gängige Maßstab war. Neu waren nicht allein Abwertung von Währungen und direkter Aufkauf von Staatsschulden (der Länder, die den Euro einführen) durch die Zentralbank, sondern auch nachfragegesteuerte Politik, strategischer Einsatz der Vergabe öffentlicher Aufträge, großzügige Sozialleistungen und Beschäftigungsförderung durch öffentliche Ausgaben. Das Aufbegehren gegen den Neoliberalismus mündet in der Forderung für ein höheres Maß an demokratischer Kontrolle über die Politik, die zwangsläufig nur auf nationaler Ebene ausgeübt werden kann, wenn effektive supranationale Vertretungsmechanismen fehlen.

Dieses Aufbegehren ist eine einmalige Chance, sich (wieder) eine progressive, emanzipatorische Sicht der Staatssouveränität zu eigen zu machen, die neoliberale Zwangsjacke der EU abzustreifen und ein echtes demokratisch-sozialistisches Programm umzusetzen (was innerhalb der EU unmöglich wäre, geschweige denn innerhalb der Eurozone). Dies muss nicht auf Kosten der europäischen Zusammenarbeit geschehen. Ganz im Gegenteil: Wenn wir es den Regierungen erlauben, das Wohlergehen ihrer Bürger so weit wie möglich zu mehren, könnte und sollte dies die Grundlage für ein erneuertes europäisches Projekt werden, das auf einer multinationalen Zusammenarbeit souveräner Staaten beruht.

Bill Mitchell, Jg. 1952, ein australischer Wirtschaftswissenschaftler mit Professur für Ökonomie an der University of Newcastle (New South Wales); Vertreter der 'Modern Monetary Theory'; Direktor des 'Centre of Full Employment and Equity' (CofFEE), das untersucht, wie Vollbeschäftigung und gute ökonomische Lebensbedingungen für alle Menschen möglich sind. (Red.)

Thomas Fazi, italienischer Schriftsteller, Journalist, Aktivist und Dokumentarfilmemacher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fabian Scheidler: **Die moderne Tributökonomie und die Illusion der freien Märkte**

Acht Menschen besitzen heute so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese [obszöne Konzentration von Reichtum in den Händen Weniger](#) wird nicht, wie viele Menschen glauben, in erster Linie durch Markterfolge gesichert, sondern vor allem durch den Zugriff privater Kapitaleigner auf staatliche Umverteilungsmechanismen.

Dazu sind für Fabian Scheidler drei Strategien von besonderer Bedeutung: Subventionen, leistungslose Einkommen aus Eigentumsrechten und Aneignung durch Schulden. Die Forderung von Liberalen, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten, ist bloße rhetorische Fassade.

Scheidler trägt viele Beispiele für Subventionen aus der Erdöl-, der Automobil-, Rüstungs- und Pharmaindustrie sowie aus dem Bereich der Großbanken zusammen.

Um zukunftsfähigere, sozialverträgliche Wirtschaftsformen zu schaffen, geht es nach Scheidler darum, die Nabelschnüre des Kapitals und des militärisch-industriellen Komplexes Schritt für Schritt zu kappen und die frei werdenden Ressourcen in den Aufbau einer postkapitalistischen ökologischen Gesellschaft zu kanalisieren. Dazu gehört eine tiefgreifende Veränderung unserer ökonomischen Institutionen, ihrer Rechts- und Eigentumsformen.

Eine lohnenswerte Analyse, auch wenn man die Theorie eines menschengemachten Klimawandels als auch Scheidlers Lösungsansätze für eine menschengerechtere Ökonomie für diskussionswürdig erachtet. (Red.)

[Fabian Scheidler](#), Jg. 1968, studierte Geschichte und Philosophie, arbeitet seit 2001er als freischaffender Autor für Printmedien, Fernsehen, Theater und Oper, gründete 2009 mit David Goeßmann das unabhängige Fernsehmagazin Kontext TV; Autor des Buches "Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Günter Grzega: **Die Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative zum Neoliberalismus**

Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Neoliberalismus sind mit dem Niedergang von Ethik und Moral in den Top-Etagen von Politik und Wirtschaft angekommen. Fast gewöhnt man sich an die Meldungen von Betrug oder unethischen und gesellschaftsschädigenden Handlungsweisen beim Ausnutzen von sogenannten "Gesetzeslücken". Günter Grzega sieht ein "Eliteversagen" von einer beachtlichen Zahl von Führungspersonlichkeiten in Politik und Wirtschaft. Gerade in diesem Kreis ist zu beobachten, dass der "homo politicus", der sich für das Gemeinwesen engagiert, durch den "homo oeconomicus" ersetzt wurde.

Eine Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft hilft hier nicht weiter. Stattdessen brauchen wir ein System der Kooperation statt der Konkurrenz, das marktwirtschaftliches Handeln kompromisslos mit den drei Fragen verbindet, ob es dem Menschen, der Umwelt und dem Frieden dient. Dieses Modell gibt es seit einigen Jahren, nämlich das [Modell der "Gemeinwohl-Ökonomie \(GWÖ\)"](#), dessen Haupt-Initiator der Wissenschaftler Christian Felber ist. Die Grundsätze der GWÖ eignen sich geradezu beispielhaft auch zur Bewältigung des wahrscheinlichen Bedeutungsverlusts menschlicher Arbeit durch die immer schnellere und umfangreichere Digitalisierung der Arbeitswelt, der sogenannten Industrie 4.0. Obwohl die GWÖ erst vor 7 Jahren offensiv als Modell für eine zukunftsfähige Wirtschaft vorgestellt und von 15 Unternehmen praktiziert wurde, hat sie eine beeindruckend positive Resonanz erfahren – wenngleich der Teil "Rechtliche Anreize für Unternehmen mit GWB" (GWB=Gemeinwohl-Bilanz) noch keineswegs politisch umgesetzt ist.

Die Zahl von unterstützenden Unternehmen z.B. ist von 15 auf über 2'300 angestiegen. Das Modell hat nicht nur in ganz Europa, sondern inzwischen auch in sogenannten "Energiefeldern" international Fuß gefasst – von Schweden bis Chile, von den USA bis Ghana. Auf politischer Ebene hat die GWÖ Eingang in den Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung in Baden-Württemberg gefunden. Sie ist inzwischen ein wichtiges, positiv besetztes Thema bei der EU-Kommission hinsichtlich der Richtlinien für eine nichtfinanzielle Bilanzierung durch

Großunternehmen in der EU. Der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss hat sich mit überwältigender Mehrheit für eine Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie ausgesprochen.

Günter Grzega, Jg. 1944, Dipl.- Bankbetriebswirt und Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt, Finanzmarkt-Experte; 1994 in den Vorstand der Sparda-Bank München eG berufen; engagiert seit 2004 für die Global-Marshall-Plan-Initiative, war von 2010 bis 2015 Vorstandsvorsitzender des "Senatsinstituts für gemeinwohlorientierte Politik (IGP)" und ist seit 2011 als offizieller Botschafter für die Gemeinwohl-Ökonomie. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Nico Basener: **Du sollst keine andere Gerichtsbarkeit neben mir haben**

Investoren aus EU-Staaten müssen künftig auf private Schiedsgerichte verzichten, sofern sich ihre Klage gegen einen anderen EU-Mitgliedstaat richtet. Nico Basener erläutert das aktuelle EuGH-Urteil (Urt. v. 06.03.2018, Az. [C-284/16](#)) und dessen weitreichende Konsequenzen.

In der wegweisenden Entscheidung haben die Luxemburger Richter den Schiedsklauseln in sogenannten [Investitionsschutzabkommen eine Absage erteilt](#). Sie seien unvereinbar mit der Autonomie des EU-Rechts und dem Rechtsschutzsystem innerhalb der EU. Das Urteil dürfte weitreichende Folgen für die aktuell anhängigen Schiedsverfahren unter Beteiligung von EU-Staaten sowie auf die Freihandelsabkommen TTIP und CETA haben.

Diese Gerichte, die einem Investor die Möglichkeit eröffnen, Streitfragen von nicht-staatlichen Schiedsgerichten entscheiden zu lassen, sind stark umstritten. Denn trotz ihres privaten Charakters entscheiden sie im Wesentlichen über die Zulässigkeit staatlicher Hoheitsakte und können den Staat zu erheblichen Schadensersatzzahlungen verurteilen. Sie treten damit in direkte Konkurrenz zur höchsten staatlichen und europäischen Gerichtsbarkeit, mit der Gefahr, dass sich die jeweiligen Entscheidungen widersprechen – wofür es bereits zahlreiche Beispiel gibt.

Aus der Urteilsbegründung: Die EU-Mitgliedstaaten hätten sich im Rahmen der EU-Verträge ein eigenes Rechts- und Rechtsprechungssystem geschaffen. Es sei entscheidender Bestandteil dieses Systems, dass der Rechtsschutz Einzelner und die (verbindliche) Auslegung des EU-Rechts originäre Aufgabe der nationalen Gerichte und des EuGH sei.

In Deutschland ist das Urteil von Gegnern der Freihandelsabkommen begrüßt worden, z.B. von der [ÖDP](#), von den [Linken und Grünen](#), von [Mehr Demokratie e.V.](#), von [LobbyControl](#) und vom [Umweltinstitut](#).

Dr. Nico Basener ist Associate bei der Rechtsanwaltskanzlei Clifford Chance am Standort München. Er berät in allen Bereichen des Gesellschaftsrechts sowie zu Post-M&A-Schiedsverfahren und ist regelmäßig in grenzüberschreitenden Transaktionsprojekten mit verschiedensten Unternehmen und Wirtschaftssektoren involviert.

Wir begrüßen das Urteil im Sinne eines Stoppschildes gegenüber einer Privatisierung der Rechtsprechung im Interesse finanzschwerer internationaler Investoren. Unabhängig davon bleibt eine kritische Bewertung des EuGH als einer supranationalen Judikative, wozu sich z.B. Prof. Schachtschneider wie folgt äußert: "Der Europäische Gerichtshof...agiert als Motor der Integration, nicht als rechtsklärender Streitschlichter. Ihm fehlt jede demokratische Legitimation, derer er als Verfassungsgericht für viele Völker im besonders hohen Maß bedarf." In: Schachtschneider "Erinnerung ans Recht", Seite 87, ISBN 978-3-86445-272-7. (Red.)

[Inhalt ↑](#)